



EINE ECHTE ALTERNATIVE!

WARUM WIR ALS KOMMUNIST*INNEN ZUR BUNDESTAGSWAHL ANTRETEN

Wir treten als DKP zu den Bundestagswahlen an, um eine antikapitalistische Alternative aufzuzeigen, eine Alternative zur Politik der Kriegstreiber und Krisenprofiteure. Wir treten an, um dem Protest gegen die herrschenden Zustände Ausdruck zu verleihen: Jede Stimme für die DKP ist eine Stimme gegen den Kapitalismus und seine Folgen, gegen Krieg und Krise, gegen Faschismus und Rassismus.

Die antisoziale Politik der regierenden Parteien führt nur zu immer mehr Armut, Unsicherheit und Perspektivlosigkeit für den Großteil der Menschen auf der einen Seite und einem immer absurderen Reichtum ei-

niger weniger Menschen auf der anderen Seite. Ihre kriegstreiberische und ausbeuterische Politik zerstört und zerbombt ganze Länder, beraubt Millionen Menschen ihrer Häuser, Freunde und Familien, zwingt sie in die massenhafte Flucht und rückt einen Krieg in Europa in denkbare Nähe. Die Antwort auf diese Politik kann nicht noch mehr menschenfeindliche Politik in Form von Sozialabbau und Asylrechtsverschärfung sein, wie es die AfD fordert.

Wir sind überzeugt, dass nur der gemeinsame Kampf für die sozialen Rechte aller Menschen eine Lösung ermöglichen wird. Die Grundlage dieser Lösung sehen wir im Aufbau einer sozialistischen

Gesellschaft, in der das gemeinschaftliche Eigentum zum Wohle aller Menschen geplant verwendet wird.

Die grundlegenden Änderungen, die notwendig sind, werden wir nicht im Parlament erreichen. Nur der gemeinsame Kampf der Lohnabhängigen wird sie ermöglichen, entschlossen und selbstbewusst. Die DKP ist die konsequente Stimme dieses außerparlamentarischen Widerstands. Darum: Wählt den Weg des Widerstands, wählt DKP!

FÜR FRIEDEN, ARBEIT, SOLIDARITÄT

WÄHLEN REICHT NICHT, ES KOMMT AUF'S GEMEINSAME KÄMPFEN AN!

Krieg verursacht Flucht

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ – Das war nach dem Zweiten Weltkrieg die Schlussfolgerung für Millionen von Menschen. Heute herrscht dagegen wieder Krieg in großen Teilen der Welt: In Syrien, Irak, Jemen, Kurdistan, Afghanistan, Libyen, Mali, Nigeria, der Ostukraine und weiteren Ländern. Die deutsche Regierung mischt dabei fleißig mit – nicht um die „Menschenrechte“ vor Ort zu verteidigen, sondern um die Interessen der deutschen Konzerne an Rohstoffen, Pipelinerrouten und Handelswegen, Investitionsmöglichkeiten und Absatzmärkten zu bedienen.

Der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland nützt das nichts. Doch die hauptsächlichen Leidtragenden sind die Menschen in den Kriegsgebieten. Millionen von ihnen sind aufgrund der Kriegspolitik der westlichen Staaten, wegen der Zerstörung oder Verarmung ihrer Länder durch westliche Konzerne und Armeen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Doch nicht genug damit, dass EU und NATO-Staaten die ganze Misere verursacht haben – durch die verbrecherische Grenzpolitik der EU sterben jedes Jahr Tausende im Mittelmeer.

Wer angesichts dessen Hetze gegen die Flüchtlinge betreibt,

wie es die AfD tut, statt die Verantwortlichen, die Konzerne, Banken und herrschenden Politiker anzugreifen, der streut Sand in die Augen der Menschen und hält sie davon ab, ihren wirklichen Gegner zu erkennen: das kapitalistische System, die Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit.

Die Wohnungsmisere betrifft „Einheimische“ und Flüchtlinge gleichermaßen

Auch im Ländle ist die Lage von geflüchteten Menschen aus Syrien, Afghanistan und andernorts miserabel. Im gesamten Reutlinger Landkreis befinden sich bspw. etwa Hundert Unterkünfte, auf die die Flüchtlinge aufgeteilt sind. Die übergroße Mehrheit von ihnen lebt in Gemeinschaftsunterkünften. Dort müssen sie sich Zimmer teilen und verfügen pro Person letztlich über einen Raum von weniger als 7m². Verschärft wird dieses Problem auch dadurch, dass die Politik offensichtlich kein Interesse daran hat, für den zunehmenden Wohnungsmangel ernsthafte Lösungen zu finden: Alleine im Jahr 2015 sind die Mieten in Reutlingen durchschnittlich um 5% gestiegen, die Tübinger Mieten liegen im Bundesvergleich bereits auf Platz 4. Insbesondere der soziale Wohnungsbau kommt deutlich zu kurz. Die Probleme werden nicht an-

gegangen, stattdessen wird die Stimmung aufgeheizt: Geringverdiener werden gegen Flüchtlinge in Stellung gebracht um zu verhindern, dass sie gemeinsam für ihre Interessen eintreten, z.B. für ausreichend geeigneten und bezahlbaren Wohnraum.

Armut im Alter? Nicht mit uns!

Das Interesse an einem Leben in Würde und ohne Armut ist allen Menschen gemeinsam. Und doch wird es in Deutschland vielen von diesem Staat verwehrt. Besonders gilt das für alte Menschen: 3,2 Millionen Rentnerinnen und Rentner sind laut Paritätischem Wohlfahrtsverband arm. Die Agenda 2010 mit Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Hartz IV, Rente mit 67, Zerstörung der gesetzlichen Rentenversicherung, Steuersenkungen für Reiche – all das hat dazu beigetragen. Die Löhne werden gedrückt und damit sinken auch die Renten. Denselben Effekt haben Teilzeitarbeit und Lücken im Lebenslauf, insbesondere bei Frauen.

Die gesetzliche Rente muss erhalten und gestärkt werden! Alle Arbeitsverhältnisse müssen sozialversicherungspflichtig sein, damit nicht wir, sondern die Unternehmen zahlen müssen! Geld ist genug da, nur wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

„WÄHLT DEN WEG DES WIDERSTANDS!“

INTERVIEW MIT PAUL RODERMUND (DKP)



Paul Rodermund (27 Jahre) lebt in Tübingen und ist Doktorand der Neurowissenschaften. Er ist ehemaliger Bundesvorsitzender der SDAJ und Mitglied im Parteivorstand der DKP. Er kandidiert über die Landesliste Baden-Württemberg für die Bundestagswahlen.

Warum kandidierst du für die DKP zur Bundestagswahl?

Die DKP steht für eine klare antikapitalistische Alternative. Ich will den Wahlkampf dafür nutzen mehr Menschen davon zu überzeugen, dass wirkliche Veränderungen in dieser Gesellschaft nicht über ein Kreuzchen beim kleineren Übel zu haben sind, sondern in dem man den Weg des Widerstands gegen die Bundesregierung, die Banken und Konzerne und ihren Sozialkahlschlag wählt. Sicher knacken wir diesmal nicht die 5% Hürde, aber antikapitalistische Positionen werden ja auch nicht von selbst stärker. Und die Partei die Linke

setzt nun mal nicht mehrheitlich auf die Überwindung des Kapitalismus.

Stärkt es denn nicht eher die rechten Kräfte wenn man der Linkspartei Stimmen klaut?

Es gibt immer mehr in der Linkspartei die auf Regierungsbeteiligung abzielen und bereit sind dafür die letzten fortschrittlichen Bastionen aufzugeben, zum Beispiel ihre Antikriegspolitik. Auch in der Flüchtlingsfrage fährt die Partei die Linke einen widersprüchlichen Kurs der einerseits auf eine rein moralische Willkommenskultur setzt, andererseits dort, wo sie in Regierungsverantwortung ist, Abschiebungen knallhart durchsetzt. Wir glauben, dass wir den Rechten nur dann das Wasser abgraben können wenn wir begreifen, dass die Flüchtlingsfrage auch als Angriff auf Löhne und soziale Sicherungssystem genutzt wurde. Das heißt, effektiver Antifaschismus bedeutet reale Ängste ernst zu nehmen und für die gemeinsamen Interessen von Flüchtlingen und hier lebenden Lohnabhängigen zu kämpfen.

Welche Themen liegen dir besonders am Herzen?

Als mein Vermieter uns vor zwei Jahren vor die Tür gesetzt hat, habe ich erlebt wie kompliziert es ist in Tübingen bezahlbaren

Wohnraum zu finden. Aus diesem Anlass habe ich das Tübinger Bündnis gegen Wohnungsnot mitgegründet. Ich denke, dass wir die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum langfristig nur durchbrechen können wenn wir uns von der Idee verabschieden, dass Wohnraum eine Ware sein muss, die den Immobilieneigentümern Profite bringen sollte. Darüber hinaus ist die Friedenspolitik zentral für mich. Die deutsche Bundesregierung schickt die Bundeswehr in immer mehr Kriege und übernimmt immer größere Aufgaben, angeblich zum Kampf gegen den Terror. Das ist mehr als zynisch, haben doch die Kriege des Westens selbst erst Terrorbanden wie den IS stark gemacht. Deutschland muss endlich seine Soldaten aus allen Auslandseinsätzen abziehen.

Wie kann man dich und deine Kandidatur unterstützen?

Die DKP muss allein in Ba-Wü 2000 Unterschriften sammeln, um kandidieren zu können. Du kannst dir das Formular direkt bei uns oder im Internet besorgen und unterschreiben. Viel wichtiger ist aber selbst aktiv zu werden. Organisiere dich in der Schule, der Uni, dem Stadtteil oder im Betrieb und kämpfe mit uns für deine Interessen.

PFLEGE IN NOT!

Bei jedem Krankenhausbesuch merkt man, im deutschen Gesundheitssystem liegt einiges im Argen. Ewig lange Wartezeiten für Patienten, die Ärzte haben keine Zeit für eine individuelle Beratung und lebenswichtige Behandlungen bleiben aus, weil sie von den Krankenkassen nicht mehr abgedeckt werden. Aber der Personalmangel und das Kaputtsparen der Krankenhäuser belastet nicht nur die Patienten, sondern auch das Personal der Kliniken selbst.

Es fehlen 162.000 Stellen im Ge-

sundheitswesen in ganz Deutschland, 70.000 davon allein in der Pflege.

Überstunden abzulehnen kann zum Selbstschutz eine wirksame Maßnahme sein. Wirkliche Veränderungen, die den Beschäftigten und den Patienten gleichermaßen zugute kommen, kann es aber nur durch gemeinsamen und organisierten Widerstand geben. In Berlin und im Saarland finden gewerkschaftliche Kämpfe für bessere Bedingungen in den Krankenhäusern statt. Auch in Baden-Württemberg brauchen

wir mehr Krankenhauspersonal, gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Finanzierung.

Für ein komplett öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen, zu dem alle den gleichen Zugang haben! Gesundheitsversorgung darf nicht an Profiten ausgerichtet sein, sondern muss allein den Bedürfnissen der Patienten und Beschäftigten dienen!

